

## Kriterienliste zur Prüfung und Standardisierung von Berichten der Arbeitsgremien

<b>1</b>	<b>Allgemeine Angaben zum Bericht</b>
1.1	Arbeitsgremium: Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA)  Ansprechperson/Tel.-Nr.: Kathrin Brand / 0331 866-7357  E-Mail: laga-gs@mluk.brandenburg.de
1.2	Bezeichnung des Berichts:  Vollzugshilfe „Anerkennung von Lehrgängen für das Leitungspersonal von Deponien gem. § 4 Nr. 2 Deponieverordnung - DepV“
1.3	Die Thematik des Berichts ist  <input type="checkbox"/> neu <input checked="" type="checkbox"/> wegen sachlicher Änderungen neu erfasst
1.4	Kurze Zusammenfassung der Kernaussagen des Berichts:  In der Vollzugshilfe ist das Verfahren zur Anerkennung von Weiterbildungslehrgängen beschrieben. Es werden formale und inhaltliche Vorgaben für die Anerkennung der Lehrgänge formuliert.

<b>2</b>	<b>Notwendigkeit des Berichts</b>
2.1	Warum wurde der Bericht erstellt / (Ziel):  Die Vollzugshilfe bietet den zuständigen Verwaltungen als auch den Deponiebetreibern eine Hilfestellung zur Erfüllung der Anforderungen nach § 4 DepV. Bisher war sie nur den Behörden zugänglich.
2.2	Auswirkungen und Relevanz für die Länder und den Bund:  Durch die Veröffentlichung der Vollzugshilfe können Anbieter von Lehrgängen für das Leitungspersonal von Deponien den gesetzlichen Anforderungen an die Lehrgangsinhalte (§ 4 Nr. 2 in Verbindung mit Anhang 5 Nr. 9 der Deponieverordnung) besser gerecht werden.
2.3	Ergebnis bzw. Beschlussvorschlag:  Die Amtschefkonferenz nimmt die Vollzugshilfe „Anerkennung von Lehrgängen für das Leitungspersonal von Deponien gem. § 4 Nr. 2 Deponieverordnung - DepV“ zur Kenntnis und stimmt der Veröffentlichung auf der LAGA-Homepage zu.

<b>3 Analyse von Konfliktpotenzial</b>	
Durch den Beschluss betroffene Gruppen und Auswirkungen	
(bitte betroffene Gruppe angeben)	(Bitte Gruppierungen bzw. Bereiche angeben, bei denen der Beschluss Restriktionen zur Folge hat)
Bund	-
Länder	-
Unternehmen (einschl. Landwirtschaft)	Lehrgangsanbieter müssen sich ggf. den Vorgaben der Vollzugshilfe unterwerfen, wenn die zuständige Anerkennungsbehörde diese anwendet.
Bürgerinnen und Bürger	-
Sonstige	-

<b>4 Kostenfolgenabschätzung</b>						
4.1	Welche Kosten werden bei Beschluss der Ergebnisse verursacht? (Bitte einmalige Kosten mit Zusatz A, wiederkehrende Kosten mit Zusatz B angeben)					
(bitte betroffene Gruppe angeben)	Personal-kosten	A	B	Sachkosten (incl. Verfahrenskosten)	A	B
Bund						
Länder						
Unternehmen (einschl. Landwirtschaft)						
Bürgerinnen und Bürger						
sonstige						
Falls die Kosten nicht angegeben werden können, bitte erläutern:						
Es entstehen keine Kosten, da sich an der Anerkennung der Lehrgänge nichts Wesentliches ändert. Vielmehr besteht nach den aktualisierten Vollzugsempfehlungen die Möglichkeit, Lehrgänge auch teilweise online anzubieten, was eine Kostenersparnis mit sich bringen kann.						
4.2	Wurde eine Kosten-/Nutzenanalyse angestellt und Einsparungsmöglichkeiten geprüft? (bitte Ergebnis darstellen)					
	nein					

<b>5 Alternativen</b>	
5.1	Welche Auswirkungen hätte ein Verzicht des vorgeschlagenen Beschlusses:  Die Vollzugshilfe wäre weiterhin nicht öffentlich zugänglich. Dies hätte zur Folge, dass die Verfahren zur Anerkennung der Lehrgänge nicht optimiert werden könnten.
5.2	Welche Alternativen bestehen und/oder wurden geprüft:  keine